NATION

Absurdes Getöse

Mit seiner peinlichen Attacke auf den CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer hat der Grüne Jürgen Trittin eine Gespensterdebatte über den Nationalstolz der Deutschen losgetreten. Die Generation der Jungen indes kann mit dem Schlagwort wenig anfangen. Für sie signalisiert der Begriff Nation vor allem Last der Vergangenheit.

Mit einem Seitenblick nach rechts über die Schulter fixierte der Redner seinen Feind. „Er verlässt die Gemeinsamkeit der Demokraten im Kampf gegen den politischen Radikalismus und schlägt sich auf die Gegenseite“, wetterte CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz.

Dann drehte er sich salbungsvoll nach links, zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion, und dröhnte pathetisch: „Ich appelliere an Sie, Herr Struck, von dieser Stelle aus zu erklären, dass ein Mann wie Jürgen Trittin auf der Bank der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland nichts zu suchen hat.“

Das saß. Saß das? Der grüne Umweltminister nahm die Attacke mit ergeben gefalteten Händen zur Kenntnis. Immerhin hockten knapp 600 Bundestagsabgeordnete am Freitag vorvergangener Woche im Berliner Plenum, weil Trittin dem karg behaarten und dreist polemisierenden CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer Aussehen und Mentalität eines Skinhead bescheinigt hatte – nur weil der sich brüstete, er sei stolz, ein Deutscher zu sein.

Leid tat Trittin sein Angriff nicht, er fand ihn nur taktisch unklug. Und schon beim dritten Redebeitrag im Bundestag begann er zu grimassieren und herumzualbern. Erst verschränkte er die Arme vor der Brust, dann fläzte er sich lässig, während FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle sich verbat, in die Nähe „rechtsradikaler Schläger“ gerückt zu werden. Am nächsten Tag fanden sich in den Zeitungen nicht mehr die Bilder des reuigen Sünders, sondern eines grinsenden Besserwissers.

Schon lange hatten die Abgeordneten der ehemaligen christlich-liberalen Regierungskoalition nicht mehr so viel Grund zum Klatschen wie am vorvergangenen Freitag. Die Welt war wieder in Ordnung, im Kampf Gut gegen Böse waren sie auf der richtigen Seite.

Der Böse, das war dieser 46-jährige Schlaks mit Schnauzbart im grauen Anzug, der sich in der zweiten Reihe der Regierungsbank hinter Parlamentarischen Staatssekretären verschanzte. Der Gute, das war der 45-jährige Schlaks ohne Schnauzbart im blauen Anzug, der in ihrem Namen keilte.

So begann die Gespensterdebatte um das Recht der Deutschen auf ihren nationalen Stolz: Sowohl Trittin als auch Merz wirkten, als ginge es um ihre ureigensten politischen Überzeugungen. In Wahrheit liefen sie auf ideologischen Schienen, die schon gelegt waren, als sie zur Welt kamen. So frisch ihr Empörungspathos wirken wollte, so abgestanden klangen die Botschaften – alles schon 50 Jahre lang gehört.

Trotzdem brach in der vergangenen Woche ein Sturm dümmlicher Deutschtümelei los, so irrational wie der Rinderwahn. Wer nicht auf der Stelle die „vaterländische Speichelprobe“ („Berliner Zeitung“) abzuliefern bereit war, der wurde von hysterisch eifernden konservativen Politikern – von CSU-Generalsekretär Thomas Goppel bis CDU-Chefin Angela Merkel, von den Ex-Männerfreunden Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble bis zum designierten FDP-Chef Guido Westerwelle – als national unzuverlässig diffamiert. Vaterlandslose Gesellen sind sie offenbar allesamt, die derzeit Deutschland regieren – von Bundespräsident Johannes Rau über Bundeskanzler Gerhard Schröder bis Außenminister Joschka Fischer.

Es hätte nicht der gefühlsgedunsenen Präsentation von „Stolz auf Deutschland“-Wahlplakaten der Christdemokraten in Mainz bedurft, um den nationalen Furor der guten Deutschen aus Union und FDP

Stolz auf Deutschland?

Welcher Aussage stimmen Sie am ehesten zu:

	Gesamt	West	Ost	Anhänger der: SPD	CDU/CSU	Bü. 90/Grüne	FDP	PDS	Rep. DVU/NPD	Altersgruppen: 18–24 Jahre	25–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 u. mehr Jahre
„Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“	30	31	27	30	45	11	39	9	48	7	9	23	34	45
„Ich freue mich, Deutscher zu sein, aber ich bin nicht stolz darauf.“	35	34	39	39	32	44	29	60	31	24	48	37	40	31
„Es ist mir unangenehm, als Deutscher gesehen zu werden.“	2	2	1	2	1	4	–	6	–	9	2	2	–	1
„Diese Frage beschäftigt mich nicht.“	27	27	26	27	19	33	19	20	15	57	32	35	22	12

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 20. und 21. März; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht/keine Angabe“

DER SPIEGEL



AP

Demonstrierende Neonazis*: *Deutsche Großmannssucht*

als Wahlkampfgetöse zu erkennen. Der graumäusige CDU-Spitzenkandidat Christoph Böhr aus Rheinland-Pfalz, in den Umfragen dem SPD-Landesvater Kurt Beck hinterherhinkend, präsentierte sich und seine Partei, als wären sie die geistigen Besitzer von so patriotischen Glanzleistungen wie der Fußball-WM von 1954, dem Mauerfall, dem Widerstand des 20. Juli, der sozialen Marktwirtschaft, dem 1. Mai und dem kategorischen Imperativ.

Die von den Springer-Blättern heftig angeheizte Stolz-Hysterie – von Goethe bis zum „dunklen Brot“ reichen die nationalen Errungenschaften, die Deutsche zu Beginn des dritten Jahrtausends angeblich erheben – bescherte Harald Schmidt einen satirischen Leckerbissen. „Geben wir unseren Nachbarn, worauf wir Deutschen zu Recht stolz sein können“, höhnte er, „unsere Musik, unsere Literatur und unsere stolzen deutschen Frauen, mit ihren großen Brüsten, ihren strammen Schenkeln und ihren muskulösen Gesäßen.“

Dass die Kampagne gleichwohl genügend Brisanz besaß, um die führenden Politiker der Republik zu einer Blütenlese patriotischer Liebeslyrik auf Deutschland zu nötigen, hat mit den in 50 Nachkriegsjahren eingefahrenen Methoden der nationalen Vergangenheitsverdrängung zu tun, die unter dem Stichwort „Bewältigung“ laufen. Bei den Linken heißt das Glaubensbekenntnis Antifaschismus, bei den Rechten Antitotalitarismus. Die Angehörigen beider Lager halten die anderen für hässliche Deutsche.

Die Wahrnehmung der Realität – der historischen wie der gegenwärtigen – wird durch solche Feindbilder nicht gefördert, wohl aber die Kontinuität der Parolen. Was der Grüne Jürgen Trittin und der CDU-Mann Friedrich Merz aneinander auszusetzen haben, das trieb Anfang der fünfziger Jahre schon Gustav Heinemann und Konrad Adenauer auseinander.

Trittin und Merz sind früh in den Mentalitätssog der Strömungen geraten, die sich im Zug des Kalten Kriegs verhärtet hatten. Jürgen Trittin tat sich schon mit 15, als in Berlin und Frankfurt die Apo agitierte, als Schülersprecher hervor. Friedrich Merz trat als Student der CDU bei, weil ihn Willy Brandts Ostpolitik ärgerte.

Der „Kampf gegen rechts“ wurde Trittins Lebensthema. Er ist ein „political animal“ mit über Jahrzehnte sedimentierten und schließlich versteinerten linken Grundüberzeugungen, sozialisiert in Gegnerschaft zu seinem eigenen Land, so wie eine ganze studentische Generation.

Wie ein auf höchste Empfindlichkeit getrimmter Seismograf reagiert Trittin stets auf alles, was die Republik zurückzureißen scheint in braune Vergangenheit und deutsche Großmannssucht. Das war so, als der Staat in den siebziger Jahren gegen die RAF und deren Sympathisanten aufrüstete. Das setzte sich fort, als die Bundeswehr die öffentlichen Soldatengelöbnisse in Berlin wieder aufleben ließ und als – nach der Wiedervereinigung – die Zahl rechtsradikaler Übergriffe in Deutschland sprunghaft zunahm und sich im Osten eine rechte Gewaltszene ausbreitete. Deren Erkennungsparole heißt: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.

Nie, schwört Trittin, habe er zu denen gehört, die Teile der Union zu „Krypto-Faschisten“ stempelten. Das glaubt man ihm. Doch immer reagiert er reflexartig alarmiert auf deren Neigung, mit dem Schüren fremdenfeindlicher Ressentiments am rechten Rand der Gesellschaft Punkte



ULLSTEIN BILDERDIENST

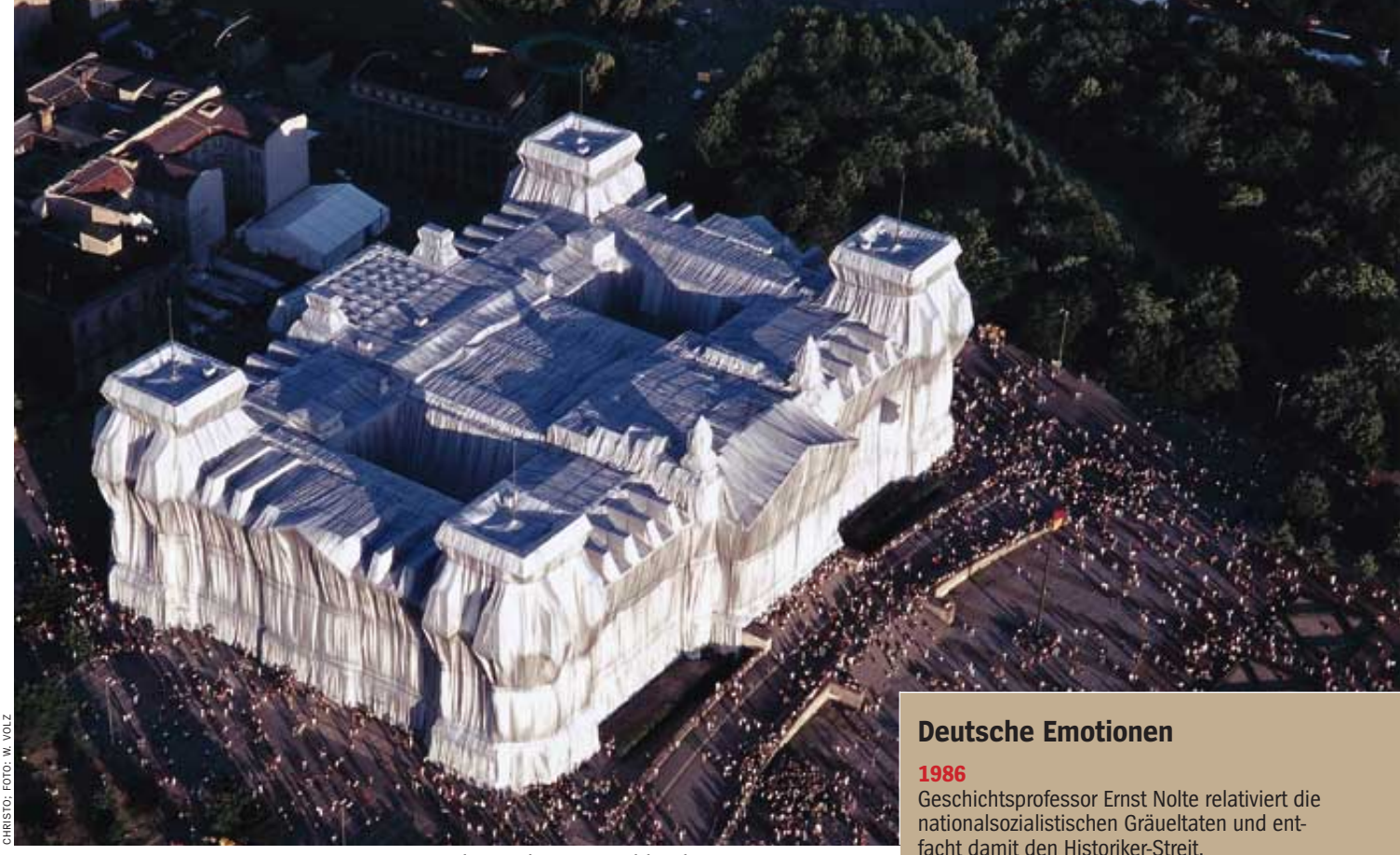
„Ich liebe nicht den Staat, ich liebe meine Frau.“
Bundespräsident Gustav Heinemann

„Ich liebe keine Institutionen, den Staat so wenig wie beispielsweise die Allgemeine Ortskrankenkasse.“
Bundespräsident Roman Herzog



SVEN SIMON

* Im Januar vorigen Jahres vor dem Brandenburger Tor.



CHRISTO; FOTO: W. VOLZ

Von Christo verhüllter Reichstag (1995): *Unverkrampftes Deutschland*

Deutsche Emotionen

1986
Geschichtsprofessor Ernst Nolte relativiert die nationalsozialistischen Gräueltaten und entfacht damit den Historiker-Streit.

1991
Am 20. Juni entscheidet der Bundestag, nach Berlin umzuziehen.

1995
Das Künstlerehepaar Christo verhüllt den Reichstag zwei Wochen lang mit 100 000 Quadratmeter glänzendem Polypropylen.



zu sammeln. Deshalb traf der von CDU-Meyer mit Bedacht und als Provokation von den Rechtsradikalen übernommene Dumpfspruch den Nerv, der ihn ausflippen ließ.

Hinterher, im ruhigen Gespräch, formuliert Jürgen Trittin bedächtiger: „Meyer ist ein Demokrat, der mit dem Spruch der Skinheads kokettiert." Dies sei unverfroren, weil es die Schläger hoffähig mache und weil es sie in dem fatalen Glauben bestärke, sie exekutierten mit ihren Gewaltorgien gegen alles Fremde den geheimen Volkswillen.

Für Merz ist und bleibt „untragbar", wer so denkt und redet. Kernig, wie es seine Art ist, sagte der CDU/CSU-Fraktionschef am Montag vergangener Woche: „Dieser Mann ist für die Demokratie in Deutschland nicht mehr erträglich. Der Mann hat ein gestörtes Verhältnis zu unserem Staat. Er hat ein gestörtes Verhältnis zu dieser Gesellschaft, ja, er hat ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie in Deutschland."

Der Jurastudent Friedrich Merz aus Brilon im Sauerland ist Sohn eines als überaus korrekt geltenden Amtsrichters, der zwei große Nazi-Prozesse geleitet hat. Die Urteile hat der Filius sorgfältig nachgelesen.

Wiewohl Friedrich Merz daran gelegen scheint, seinen Jugendjahren nachträglich einen Touch von rechtem Sturm und Drang zu geben, ist er im Grunde eher bieder. Sein CDU-Vorbild ist Gerhard Stoltenberg, der blonde Finanzlangweiler aus dem Norden.

Als Burschenschafter, wenngleich nicht schlagend, ist der jetzige Fraktionschef der CDU/CSU in jene geistige Tradition der Satisfaktionsfähigkeit hineingewachsen, die der Soziologe Norbert Elias als unheilvolles Relikt einer vordemokratischen Feudalschicht ausgemacht hat. Sie denkt in Krieger-Kategorien wie Stolz und Ehre, Freund und Feind. Wer nicht ihren Anforderungen gerecht wird, dem wird nassforsch vorgeworfen, „den Konsens aller Demokraten im gemeinsamen Kampf gegen den Extremismus aufgekündigt" zu haben. Früher hieß die Konsequenz: Geh doch nach drüben. Heute ist zumindest klar, dass so einer nicht leitkulturfähig ist – der Innerlichkeit und Tiefe, der Ordnung und der bürgerlichen Klasse eines patriotischen Unionsdeutschen nicht gewachsen.



AP

Grüner Trittin

„Laurenz Meyer hat die Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen. Laurenz Meyer hat selber bekundet, dass er stolz darauf sei, dass er Deutscher ist. Das ist so die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet."

Bundesumweltminister Jürgen Trittin über CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer



AP

CDU-General Meyer

Als Selbstbeschreibung meidet Merz derzeit das Wort „Stolz", spricht lieber von seiner „emotionalen Beziehung" zu Deutschland. Er ist vorsichtig geworden, seit ihm sein Schlagwort von der „deutschen Leitkultur" wochenlang um die Ohren geschlagen wurde. Doch lässt er keinen Zweifel daran, dass die Union das Thema Patriotismus in der nächsten Zeit weiter forcieren will, wenn auch „ohne nationalistische Untertöne".

Die steuert derweil Hardliner Peter Ramsauer bei, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU in Berlin: Für ihn offenbart sich in der Nationalstolz-Debatte „das gesamte Dilemma von Rot-Grün und deren gestörtes Verhältnis zum eigenen Land und zur eigenen Nation".

Prompt beeilte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder ver-

gangenen Mittwoch, vor den Kollegen der neu gegründeten Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di zu beteuern: „Gewerkschaft und SPD brauchen keine Belehrungen in Sachen Stolz auf unser Land.“ Ein „Monopol auf patriotische Gesinnung“ will er Union und FDP nicht zugestehen.

„Berliner Aufgeregtheiten“? Für die verächtliche Einschätzung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD), der mit dieser „total abgehobenen Debatte“ nichts anfangen kann, gibt es Gründe. Nur 30 Prozent aller Deutschen waren einer Emnid-Umfrage zufolge in der vergangenen Woche „stolz, ein Deutscher zu sein“. 35 Prozent freuen sich darüber, sind aber nicht stolz. In einer Woche, in der die Börsenkurse purzelten, die Maul- und Klauenseuche drohte, der Balkankrieg wieder aufflackerte, wirkte das Getöse um den Nationalstolz der Deutschen absurd.

der auf, seit die Republik von Bonn nach Berlin umgezogen ist. Die Häufigkeit und die emotionale Intensität dieser Debatten hat seit der Vereinigung deutlich zugenommen (siehe Grafik).

Einig sind sich die Deutschen über ihr Volk, ihre Kultur und ihren Staat noch nie gewesen. Im Gegenteil, „typisch deutsch“ war für ausländische Beobachter schon immer der unbestreitbare Mangel an nationalen Selbstverständlichkeiten.

Aber erst seit dem Zerfall der in feindliche Lager gespaltenen Nachkriegswelt durch die Wende von 1989 wird unübersehbar, wie paradox die Mehrheit der Bürger und ihre politischen Repräsentanten den schmerzhaften Auseinandersetzungen mit der jüngeren deutschen Geschichte auszuweichen pflegen – durch ein Übermaß an historischen Kontroversen, die schon längst zu moralisch aufgeladenen Ritualen verkommen sind.

ganz ausschlagen, wohl aber gelang es ihnen, den Antritt zu umgehen, indem sie ihn bis zur „Normalisierung“ hinausschoben.

Stattdessen hatten sich die Nachkriegsdeutschen in Ersatz-Identitäten geflüchtet. So ist die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ bis heute die Chiffre, hinter der sich die für rhetorische Kampfzwecke im Kalten Krieg entwickelte Anti-Totalitarismus-Bewegung der Westdeutschen verbirgt. „Der Anti-Totalitarismus füllte das Identitätsvakuum, das der Nationalsozialismus im Bewusstsein der Deutschen und in ihrer politischen Repräsentation hinterlassen hatte“, schreibt der Soziologe Helmut Dubiel in seinem Buch „Niemand ist frei von der Geschichte“.

Statt eines unbefangenen Patriotismus, der nach der totalen militärischen Niederlage 1945 und der nicht minder totalen moralischen Diskreditierung unmöglich war, diente der Kampf gegen den Totalitaris-

1996
Der amerikanische Soziologe Daniel Goldhagen veröffentlicht sein Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ und löst heftige Diskussionen über eine deutsche Kollektivschuld aus.

1997
Am 13. März debattiert der Bundestag die umstrittene Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht.

1998
Martin Walser erhält den Friedenspreis des deutschen Buchhandels und beklagt in seiner Rede die Instrumentalisierung von Auschwitz als „Moralkeule“. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, wirft Walser latenten Antisemitismus vor und bezeichnet ihn als „geistigen Brandstifter“.

1999
Der Bundestag beschließt nach zehn Jahren Streit den Bau eines Holocaust-Mahnmals nahe dem Reichstag in Berlin.

2000
Oppositionsführer Friedrich Merz fordert ein Bekenntnis zur „gewachsenen und freiheitlichen deutschen Leitkultur“.

Anlässlich des Jahrestags der Pogromnacht von 1938 demonstrieren am 9. November am Brandenburger Tor über 200 000 Menschen, darunter Bundespräsident und Kanzler, Abgeordnete, Gewerkschafter und Kirchenführer, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

2001
Am 16. Januar sagt Außenminister Joschka Fischer im Prozess gegen den Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein über seine Vergangenheit aus. Der Auftritt löst einen heftigen Streit über die 68er und die Gewalt der siebziger Jahre aus.

Am 12. März beschimpft der grüne Umweltminister Jürgen Trittin CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer wegen dessen Ausspruchs, er sei stolz, ein Deutscher zu sein. Der Christdemokrat habe „die Mentalität eines Skinheads“.

Und ist nicht auch schon im Voraus unverkennbar, dass die „vertiefte Behandlung“, die der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Merz dem Thema am Donnerstag dieser Woche im Deutschen Bundestag angedeihen lassen will, eher den fast verzweifelten Anstrengungen der Union geschuldet ist, sich als „einzige Volkspartei der Mitte in Deutschland“ zu beweisen, wie Angela Merkel ihren Funktionären schrieb, als dem Bestreben, die quasi immer währende Selbstvergewisserungsdebatte über die eigene Nation um einen sinnvollen Beitrag zu bereichern?

Ein gutes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl gilt, was Heiner Geißler seinen aus den Erbhöfen der Macht vertriebenen Parteifreunden hingerieben hat: „Rot-Grün hat der Union und den Liberalen die Macht im Staat, die Mitte der Gesellschaft und die Wirtschaft entrissen.“ Nun klammern sich die Bürgerlichen, wie sich Unionspolitiker und Liberale gern nennen, an die Deutungsmacht über die deutsche Geschichte und das Selbstverständnis der Nation. Was deutsch ist und gut, das wollen sie bestimmen.

Als Folge brechen Diskussionen über die jüngste deutsche Geschichte immer wie-

Auf den strahlend hell erleuchteten Stufen des Berliner Reichstags blickten die ergriffenen Würdenträger der Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 mit feuchten Augen in eine glückliche Zukunft. Im Ohr mochten manchen aber noch die Sprechchöre nachhallen, die ihnen aus den dunklen Straßen Berlins entgegengeschallt waren: „Deutschland, mächtig, stark und groß, die Scheiße geht von vorne los.“

Das schreckte. Für die Welt galten die Deutschen seit diesem Tag wieder als vereinigt in einem Volk, einer Nation, einem Staat. Doch die Deutschen selbst, so scheint es, haben bisher die Annahme dieses in Feiertagsreden so pathetisch gepriesenen Geschenks der Historie verweigert. „Die deutsche Geschichte in ihrer Gänze“, die CSU-Goppel vom Bundespräsidenten „aufrecht“ präsentiert haben will, enthält den einen zu viel Schuld und den anderen zu wenig Scham.

Aus zwei deutschen Nachkriegsgeschichten ist 1989 plötzlich wieder eine deutsche Nationalgeschichte geworden. Aber der Begriff „Nation“ signalisierte vorwiegend die Last aus der Vergangenheit. Zwar konnten weder die Deutschen in Bonn noch in Ost-Berlin diese Erbschaft

mus – womit rhetorisch Nationalsozialismus und Stalinismus gemeint waren, praktisch aber nur Antikommunismus exekutiert wurde – als ein Substitut für Sinn, Moral und kollektive Identität.

Ähnlich funktionierte auf der anderen Seite, in der Deutschen Demokratischen Republik wie auch im linken Lager der Bundesrepublik, der kämpferische Antifaschismus. Auch der hatte – nicht nur in der DDR, sondern spätestens ab 1968 auch bei den marxistischen Linken in Westdeutschland – den Charakter einer Ersatz-Identität.

So entstand in Ost und West ein deutscher „Konternationalismus“ (Christian Graf von Krockow). Gemeinsam war beiden Modellen, dass sie die neuere deutsche Geschichte als Denk- und Handlungsfeld tabuisierten. „Im Westen“, schreibt die Politologin Antonia Grunenberg in ihrem Sammelband „Welche Geschichte wählen wir?“, „auf Grund der Bindung an die USA und an Frankreich und in der Hoffnung, endlich eine staatliche Ordnung gefunden zu haben, mit der alle leben konnten – im Osten auf Grund der Bindung an die Sowjetunion und des staatlich verbreiteten Diktums, dass mit dem Sozialismus das Ende der Geschichte



B. STREUBEL / CONTRAST

Berliner Love Parade (1999): *Gebeugtes Haupt, gebückter Gang?*

gekommen sei, auf das alle vorherige Geschichte ausgerichtet gewesen war."

Mit dieser reduzierten Selbstwahrnehmung ließ sich gut leben. Erst heute dämmert die Erkenntnis, dass die Situation des Beschütztseins Nachteile hatte: Die Deutschen entwöhnten sich des Umgangs mit sich selbst.

Ausgerechnet der Berliner Reichstag, den der Ost-Berliner Abgeordnete Konrad Weiß in der Debatte um Bonn oder Berlin als politisches Zentrum 1991 das Symbol „deutscher Schuld" nannte, weil er „die tiefste Niederlage der Menschlichkeit und Demokratie in Deutschland" repräsentiere, diente nach der Vereinigung dem Versuch, dem Deutschen Volke, dem er gewidmet ist, ein bisschen ironisch ästhetische Distanz zur eigenen Vergangenheit zu ermöglichen.

Im Juni 1995 strahlte der klotzige Bau, aus dessen Fenster am 9. November 1918 der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik ausrief und auf dessen ausgebranntem Dach 1945 sowjetische Soldaten die Fahne der Sieger hissten, im silbrigen Glanz einer poppigen Verpackung. Die Aktionskünstler Christo und Jeanne-Claude hatten das wilhelminische Gemäuer in 100 000 Quadratmeter glänzenden Plastikstoff gehüllt. Für einen Augenblick deckte die künstlerische Überformung der Wirklichkeit den wilhelminischen, nationalsozialistischen und stalinistischen Traditionsballast des Ortes zugleich zu und auf.

Es wurde ein Riesen-Spektakel, ein 14-tägiges Volksfest für Millionen Deutsche und Tausende ausländische Gäste, von denen viele zum ersten Mal ein unverkrampftes Deutschland vorfanden, ein Volk, das nicht zum Fürchten war oder sich in Angst versteckte.

Vor allem die jungen Deutschen, die Enkel der Kriegsgeneration, fühlten sich befreit von der Last moralischer Appelle, die ihnen als Lehren der Geschichte unablässig aufgebürdet worden waren. Plötzlich konnten sie wieder Deutschland sagen, ohne dass ihnen Eltern oder Lehrer patriotische oder antinationalistische Gebrauchsanweisungen dazu verpassten. Begriffe wie „deutsch", „national" und „Vaterland" galten bis dahin den heute 30- bis 40-Jährigen als „Alarmworte", die sie fast reflexhaft zum Abschalten brachten. Geschichte? Nein danke.

Paradoxerweise hat vor allem die besessene Auseinandersetzung mit den Gräueln des Nationalsozialismus die Abneigung gegen die Historie erzeugt. Die deutsche Schuld am Holocaust hätten viele als „implizite Aufforderung zur Distanzierung vom eigenen Land" verstanden, analysiert Antonia Grunenberg.

Das wirkt weiter. So klagt die grüne Bundestagsabgeordnete Grietje Bettin, 25, über



S. BOLESCH / DAS FOTOARCHIV

Skinhead (in Köln)
Nationaler Furor

den „moralischen Rigorismus der 68er und den daraus resultierenden Geschichtsunterricht". Nach jahrelangem Pauken von Ursachen, Wirkungen und Folgen des Dritten Reichs spüre sie direkt „Hunger nach Geschichte jenseits der Nazi-Zeit", sagt sie.

Bettin könnte sich eigentlich vertrauensvoll an ihren Parteifreund Joschka Fischer wenden. Wie kein anderer deutscher Politiker der Gegenwart steht der Außenminister für die Einbettung von Politik in historische Erfahrung – doch zugleich auch für den moralischen Overkill. „Nie wieder Auschwitz! Das ist in meinen Augen die einzig denkbare Grundlage für die neue Berliner Republik", sagte er im Februar 1999 im Gespräch mit dem französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy. Das sei der „Boden" der deutschen Demokratie, ganz so wie die französische Demokratie auf der Revolution von 1789 fuße.

Mit der Begründung „Nie wieder Auschwitz" rechtfertigten Fischer und sein sozialdemokratischer Generationskollege Rudolf Scharping als Verteidigungsminister dann ein paar Wochen später die erste deutsche Kriegsteilnahme seit 1945. Ein ganzer Grünen-Parteitag stritt sich um die Frage, ob Milošević ein Faschist sei, weswegen schon die deutsche Schuld am Holocaust es den Deutschen gebieten würde, Jugoslawien zu bombardieren. Spätestens da dämmerte der deutschen Öffentlichkeit, dass der moraltriefende Einsatz der Geschichte zur Rechtfertigung politischen Handelns an seine Grenzen stieß.

Dass nun aber ausgerechnet der coole Zeitgeist-Surfer Guido Westerwelle, 39, als designierter FDP-Parteivorsitzender den Verdruss über die moralisierenden Grünen wahltaktisch auszuschlachten versucht, gibt der Nationalstolz-Debatte einen zusätzlichen Kick ins Alberne. Besonders die jungen Menschen wollten sich, wenn sie an Deutschland dächten, „nicht nur mit ge-

beugtem Haupt und gebücktem Gang bewegen dürfen“, empörte sich der Liberale.

Wo mag er die Elenden sehen? Weder die lallenden deutschen Junghorden auf Mallorca noch die Techno tanzende Love-Parade-Generation und schon gar nicht die „Big Brother“-Container-Häftlinge vermitteln einen „gramgebeugten“ Eindruck ob der Deutschen Geschichte.

Und wer nimmt ihnen das Recht, „auf ihr Land stolz zu sein“, das sie laut Westerwelle „selbstverständlich“ haben wollen? „Stolz?“, spottet der in Hollywood lebende ehemalige Bodybuilding-Weltmeister und Filmschauspieler Ralf Möller, 41, „was bedeutet Stolz? Soll ich beim Anblick der Fahne in Tränen ausbrechen?“

Die 30-jährige Maria Grammatikopoulos, Mitglied im grünen Kreisvorstand Stuttgart, ist „fassungslos“. Die Grafikerin empfindet „die Nazi-Diktatur nicht als Belastung. Für mich ist sie die positive Verpflichtung, Demokratie zu leben“. Ähnlich denkt Hildegard Müller, 33, Chefin der Jungen Union. Den Satz, „Ich bin stolz, eine Deutsche zu sein“, bringe sie nicht locker über die Lippen. Es gebe hingegen die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit, alles zu tun, damit andere Länder die gleichen Chancen zu Demokratie und Freiheit bekommen, wie wir sie hatten“.

Sichtlich irritiert reagierte letzten Donnerstag Klaus Töpfer, der als Chef des Uno-Umweltprogramms Unep seit drei Jahren in Nairobi lebt, auf die von seiner Partei daheim angezettelte Nationalismus-Debatte. Und das lag nicht daran, dass der frühere CDU-Minister ausgerechnet gemeinsam mit Jürgen Trittin in Berlin eine internationale Umweltkonferenz leitete.

Das Bekenntnis zum Stolz auf Deutschland dürfe nicht „zum Qualitätsnachweis für patriotische Gesinnung“ werden, mahnte Töpfer. Er jedenfalls sei „sehr dankbar, in dieser Generation Deutscher zu sein und mitarbeiten zu können an einem weltoffenen, toleranten Deutschland“.



G. NOWOTNY / ACTION PRESS

SPD-Wahlplakat (1972)
Nachweis patriotischer Gesinnung?

Glaubt man den öffentlichen Behauptungen des SPD-Generalsekretärs Franz Müntefering, dann ist die Debatte für die regierenden Sozialdemokraten ohnehin kein Thema. Gelassen präsentierte sich der Parteistratege vergangene Woche im Fernsehen und behauptete, am Interesse der Wähler gehe das Thema völlig vorbei.

Doch das war reine Show für den Wahlkampf. Intern hat Müntefering längst Alarm geschlagen. „Damit muss man vorsichtig umgehen“, warnte er die Genossen: „Wir müssen die eigenen Reihen schließen.“ Eine Volkspartei wie die SPD, die sich in der Mitte der Gesellschaft festsetzen will, kann die Orientierungsbedürfnisse breiter Schichten der Bevölkerung nicht ignorieren. „Der Patriotismus entspricht hervorragend einer Überbau-Sehnsucht des emotional ausgehungerten Mitte-Menschen“, analysierte die „Frankfurter Rundschau“.

Nur – wo ist der Patriotismus heute zu Hause? Ausgerechnet „die nationalste aller Institutionen“, sagt der Sozialdemokrat Willfried Penner, 64, Wehrbeauftragter des Bundestags, „ist zugleich die internationalste“. Tatsächlich dienen in der Bundeswehr Türkisch- und Griechischstämmige dem deutschen Vaterland. Insgesamt 82 Ethnien hat das Zentrum für Innere Führung bei der Truppe gezählt.

In speziellen Trainingsspielen lernen Soldaten, wie sich ein Mensch fühlt, der plötzlich zum Ausländer wird. So wird im „Mallorca-Spiel“ (Truppenjargon) geübt, landestypische Gepflogenheiten zu beachten.

Träfen diese Soldaten auf den Generalsekretär der CDU, Laurenz Meyer, dann müssten sie ihn für seine Aussage „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ zur Rede stellen. Nach den Bundeswehr-Spielregeln würden sie ihn sofort als Rechtsaußen orten und ihn darauf hinweisen, „wer das sonst so sagt und was er damit meint“.

Dabei würde Meyer lernen, dass nicht nur NPD und DVU diesen Slogan lieben, sondern auch diverse Gruppierungen der Skinhead-Szene. Er hätte dann die Auswahl, ob er sich eher dem Stolz der „Hammer-Skins“, der „Oi-Skins“ oder dem der „Fascho-Skins“ annähern möchte.

„Soldaten müssen Patrioten sein“, sagt der Wehrbeauftragte Penner, Landesverteidigung funktioniere nicht anders. Aber „Nationalstolz“, heißt es auf der Bundeswehrhochschule in Koblenz, „ist nichts, was wir lehren.“

Ralf Beste, Tina Hildebrandt, Jürgen Leinemann, Christoph Mestmacher, Gerd Rosenkranz